Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 2

Artikel: Ein Sieg der Demokratie : zur Abstimmung vom 8. September 1935
Autor: Schmid, Arthur
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332422

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft, wandelt sie sich zur *Volkspartei*, in der die Interessen aller aufbauwilligen Kreise des Schweizervolkes zusammengefaßt werden. Während bei den bürgerlichen Parteien Zerrissenheit und Verwirrung besteht, herrscht bei der Sozialdemokratie Zielklarheit und Geschlossenheit. Während die bürgerlichen Parteien ohne Programm und ohne Zukunftshoffnung in den Wahlkampf ziehen, wird ihn die Sozialdemokratie mit klarer Erkenntnis der Notwendigkeiten der Stunde und mit jener Verheißung bestehen, die der Glaube an eine gute Sache verleiht.

Ein Sieg der Demokratie

Zur Abstimmung vom 8. September 1935

Von Dr. Arthur Schmid

I.

Das Abstimmungsergebnis vom 8. September bedeutet zweifellos *einen Sieg des demokratisch denkenden Teils unseres Volkes* über die Bestrebungen, unsere Demokratie zu beseitigen, den Ständestaat einzuführen und letzten Endes die Diktatur zu errichten. Bei denjenigen, die für die Totalrevision stimmten, sind allerdings auch Anhänger der Demokratie, wie die Jungliberalen, und zweifellos eine große Anzahl solcher, die sich durch irgendwelche Schlagworte fangen ließen.

Bevor wir die Bedeutung der Abstimmung vom 8. September würdigen, wollen wir einmal die Zahlen hinsetzen:

	Abstimmungsergebnis vom 8. September 1935		Initiativ-Unterschriften	Parteistärke auf Grund der Nat.-Wahlen 1931	
	Ja	Nein		Für die	Gegen Initiative
Zürich	24,944	108,316	20,135	17,845	120,350
Bern	13,601	73,647	7,636	8,927	78,930
Luzern	10,658	17,109	3,315	22,792	23,279
Uri	1,534	2,220	28	—	1,863
Schwyz	2,759	4,956	729	7,068	6,545
Obwalden	1,286	1,107	730	1,122	—
Nidwalden	870	1,125	31	965	—
Glarus	1,851	3,410	767	938	6,691
Zug	1,261	4,916	1,417	3,112	3,553
Freiburg	11,616	9,517	7,112	20,938	8,846
Solothurn	8,474	18,004	4,002	9,015	26,387
Basel-Stadt	4,890	20,716	1,883	6,352	22,093
Basel-Land	1,865	12,349	318	1,916	13,483
Schaffhausen	2,645	9,449	3,387	—	11,465
Appenzell A.-Rh.	1,324	8,228	193	—	8,382
Appenzell I.-Rh.	1,020	1,010	214	1,355	—
St. Gallen	20,888	37,237	12,195	27,044	32,650
Graubünden	6,418	13,494	1,215	9,245	15,508
Aargau	13,132	46,761	5,479	13,496	33,717

	Abstimmungsergebnis vom 8. September 1935		Initiativ-Unterschriften	Parteistärke auf Grund der Nat.-Wahlen 1931	
	Ja	Nein		Für die Initiative	Gegen Initiative
Thurgau	6,663	21,375	2,873	5,772	22,309
Tessin	5,671	10,156	1,655	11,076	16,360
Waadt	26,760	53,982	1,043	42,655	19,953
Wallis	9,378	7,493	831	21,874	10,172
Neuenburg	4,643	11,114	210	5,842	14,577
Genf	9,786	12,374	652	10,710	10,871
Total	193,977	510,065	78,050	250,059	507,984

Die obigen Zahlen zeigen auf den ersten Blick, daß die Niederlage derjenigen Parteien, die sich hinter die Initiative stellten, groß ist. Sie erreichten die Stimmenzahlen, die sie bei den Nationalratswahlen 1931 aufgebracht hatten, bei weitem nicht. Wenn man bedenkt, daß einzelne Parteien, wie die Bauernpartei des Kantons Bern und des Kantons Aargau, die Freisinnige Partei des Kantons Genf und des Kantons Neuenburg, die Stimme freigegeben hatten, dann hätte man aus diesen Parteien einen starken Zuzug für die Initianten erwarten können. Die freisinnigen Wahlzahlen des Jahres 1931 sind für die Verwerfung nicht voll zu werten, denn die Jungliberalen unterstützten die Initiative und hatten 1934 28,000 Unterschriften — die allerdings nie eingereicht wurden — gesammelt.

Durchgeht man das Bild der obigen Zahlen, so ist die *Stimmbeteiligung* in einzelnen Kantonen eine schwache. Das hat sich nicht nur für die katholischen Kantone ausgewirkt, in denen die Initiative verworfen wurde und die Zahl der Ja die konservativen Stimmen des Jahres 1931 bei weitem nicht erreicht haben, sondern auch für einzelne Kantone, bei denen die Gegner der Initiative nicht auf die Stimmenzahlen des Jahres 1931 gekommen sind. Das gilt beispielsweise für den Kanton *Zürich*. Dort hat sich allerdings seit 1931 eine neue Partei gebildet, die Nationale Front, deren Parteistärke nach den Kantonsratswahlzahlen 1935 rund 9000 beträgt. Die »neue Front« erhielt 1931 viel weniger Stimmen. Inwieweit die Stimmen der Nationalen Front der Bauern- und Bürgerpartei und den Freisinnigen verlorengegangen sind, wird sich erst bei den nächsten Nationalratswahlen zeigen.

Im Kanton *Bern* war die Stimmbeteiligung gegenüber den Nationalratswahlen 1931 eine sehr schwache. Die Bauernpartei mit damals 67,168 Wählern hatte die Stimme für die Initiative freigegeben. Die Jungbauern stimmten entschieden dagegen, was zeigt, daß nicht alle Wähler der Sozialdemokratischen und der Freisinnigen Partei sich an der Abstimmung über die Initiative beteiligten. Im Kanton *Solothurn* vermochten die Konservativen ihre Stimmenzahl von 1931 nicht zu halten. Die Freisinnigen und Sozialdemokraten aber noch weniger. *Schaffhausen* bildet einen Fall für sich. In Schaffhausen ist seit dem Jahre 1931 die »Nationale Front« entstanden. Sie hat, zusammen mit der Katholischkonservativen Partei und mit der Evangelischen Volkspartei, die Initiative zur Annahme empfohlen. Das Resultat des Kantons

Schaffhausen ist in Anbetracht dieser Tatsachen und mit Rücksicht darauf, daß die Unterschriften für das Initiativbegehren durch die Ja bei weitem nicht erreicht wurden, ein glänzendes. Im Kanton *St. Gallen* ist die Niederlage der Katholischkonservativen Partei eine vollständige. Im *Aargau* hatte die Bauernpartei die Stimme freigegeben. Der Vorstand hatte unter der Führung von Dr. Roman Abt mit 18 gegen 6 Stimmen der Initiative zugestimmt. Die Evangelische Volkspartei hatte der Initiative ebenfalls zugestimmt. Die Bauernpartei hat im Jahre 1931 13,474 Wähler und die Evangelischen haben bei den letzten Großratswahlen etwa 2500 Wähler aufgebracht. Wenn man diese beiden Zahlen zu der konservativen Wählerzahl hinzuzählen wollte, dann würde das über 28,000 Stimmen ergeben. In Wirklichkeit aber ist die Großzahl der Bauern gegen die Mehrheit ihres Parteivorstandes und gegen die Initiative aufgestanden. Die Stimmbeteiligung im Kanton *Tessin* war verhältnismäßig gering. Im Kanton *Waadt* haben große Wählerkontingente der Freisinnigen und Liberalen Partei ihrer Führung die Gefolgschaft versagt.

Alle oben zitierten Zahlen zeigen klar und eindeutig, daß die Niederlage der Revisionisten eine vollkommene ist. Aber diese Zahlen können noch unterstrichen werden, indem man darauf verweist, daß nicht nur alle namhaften Politiker der Katholischkonservativen Partei im Abstimmungskampf für die Initiative eingetreten sind, sondern auch namhafte Politiker der Bauern- und Bürgerpartei, wie Dr. König, Dr. Abt und andere.

II.

Selten war den schweizerischen Faschisten und dem mit ihnen verbündeten Klerikofaschismus und den andern Anhängern des Ständestaates eine *so* günstige Gelegenheit gegeben, für eine reaktionäre Parole Propaganda zu machen, wie in diesem Falle. Die Totalrevisions-Initiative verlangte vom Wähler ein Ja für eine Totalrevision, ohne daß er sich den Fronten oder der klerikalen Reaktion verschreiben mußte. Das stärkste Argument der Initianten war denn auch zweifellos: man wird die Verfassungsrevision nachher vom Schweizervolke machen. Es ist weder eine frontistische noch eine konservative noch eine liberale, sondern diese Verfassungsrevision wird ein Werk der Verständigung sein. Diese für die Abstimmungstaktik günstige Parole hat indessen *nur bei wenigen verfangen.* Zu diesen wenigen gehören die *Jungliberalen. Die übrige Bevölkerung hat erkannt, daß man das Werk einer Totalrevision unter der Führung der Initianten nur als ein reaktionäres, die schweizerische Demokratie zerstörendes Unternehmen betrachten konnte.*

Das Schweizervolk hat deshalb in seiner großen Mehrheit am 8. September *die demokratischen Volksrechte verteidigt.* Es hat impulsiv Stellung genommen gegen den Faschismus, so wie er in unsern Nachbarländern besteht. Die Tatsache, daß speziell die Grenzkantone *Basel-Stadt, Basel-Land, Aargau, Zürich, Schaffhausen, Thurgau, St. Gallen, Tessin* die Initiative wuchtig verworfen haben, zeugt dafür,

daß die Bevölkerung dieser Kantone erkannt hat, daß man den Faschismus beizeiten bekämpfen muß und daß es eine Notwendigkeit ist, schon *den Anfängen zu wehren.* Es ist möglich, daß die viel schwächere Stimmbeteiligung in einzelnen Kantonen im Innern des Landes darauf zurückzuführen ist, daß man die faschistische Gefahr auf politischem Gebiete noch nicht so erkennt, wie in den Grenzkantonen.

III.

Daß der Volksentscheid vom 8. September 1935 in eine Zeit hinein fällt, wo der Faschismus in Italien zum Kriege drängt und in Deutschland seine Rüstungen vervollkommnet, ist doppelt bedeutungsvoll. Er ist der Ausdruck des *Abwehrwillens nach außen.* So, wie zweifellos auf militärischem Gebiete bei dem Großteil der schweizerischen Bevölkerung der Abwehrwille besteht, so besteht er auch auf geistigem Gebiete. Es ist bedauerlich, daß die Behörden *diesen Teil der Landesverteidigung* nicht besser unterstützen und nicht entschiedener die Abwehrmaßnahmen gegen die Durchdringung unseres Landes mit faschistischen ausländischen Organisationen handhaben. Wenn man bedenkt, wie es auf dem Gebiete der Zeitungsverbote steht, wo die Propaganda der deutschen illustrierten Presse unser Land mit faschistischen Ideen zu erfüllen versucht, dann muß man sagen, es müßte hier ganz anders durchgegriffen werden. Genau gleich steht es auf dem Büchermarkte. In das gleiche Gebiet gehört die Tatsache, daß man von außen versucht, unsere Zeitungen mit nationalsozialistischen Artikeln zu durchsetzen. (Der »Schweizerspiegel« vom September 1935 gibt darüber ein anschauliches Bild.) Gustloff, der eine nationalsozialistische Organisation in der Schweiz aufgebaut hat, genießt immer noch unser Asylrecht, währenddem ehrliche Freiheitskämpfer vom Bundesrat ausgewiesen werden.

Der Volksentscheid vom 8. September hat eindeutig gezeigt, *daß das Schweizervolk vom Faschismus nichts wissen will.* Der Bundesrat hätte deshalb die Pflicht, diesem Volksentscheid entsprechend auf allen Gebieten zu handeln, wo es die geistige Unabhängigkeit der Schweiz gegenüber der faschistischen Propaganda zu verteidigen gilt. Er müßte gegen die faschistischen Spione und Spitzel mit viel größerer Rücksichtslosigkeit vorgehen, als das tatsächlich der Fall ist.

IV.

Kaum ist die Totalrevisions-Initiative verworfen, so werden schon wieder Stimmen laut — und zwar auch in freisinnigen Blättern —, man müsse die Totalrevision *neuerdings* an Hand nehmen. Eine Meldung besagt, daß sich auch der Bundesrat mit dieser Frage befaßt habe und daß er *mehrheitlich* für die Totalrevision der Bundesverfassung eintrete.

Wir sind der Meinung, daß alle diese Versuche *dem Volksentscheid vom 8. September zuwiderlaufen.* Wenn man in kürzerer oder längerer Zeit dem Schweizervolke nochmals die Vorfrage, ob es eine Totalrevision der Bundesverfassung wünsche oder nicht, unterbreiten würde,

dann würde diese Vorfrage zweifellos mit noch viel größerer Wucht verneint, als das am 8. September 1935 der Fall war. Das Schweizervolk ist in seiner großen Mehrheit der Meinung, daß wir Wichtigeres zu tun haben, als eine neue Verfassung auszuarbeiten, die, nachdem sie ausgearbeitet ist, mit tödlicher Sicherheit verworfen würde.

Es gibt natürlich einen Weg, *diesen Volksentscheid zu umgehen.* Die heutige Bundesverfassung sieht vor, daß die Bundesversammlung, das heißt der Nationalrat und der Ständerat, von sich aus, durch Mehrheitsbeschluß, die Totalrevision der Bundesverfassung beschließen und in Angriff nehmen kann. Ob man es tatsächlich *wagt,* nach dem Entscheid vom 8. September 1935 *diesen* Weg zu beschreiten, wissen wir nicht. *Es wäre auf alle Fälle ein Willkürakt der Volksmehrheit gegenüber.*

Man muß nicht glauben, daß das Volk nachher eine neue Verfassung gutheißen würde, die aus dem Geiste der Reaktion heraus geboren wäre. Wenn man auch nicht so weit gehen wollte, wie das die Frontisten, die Jungkonservativen und andere wollen, so würde eine solche Revision, vom heutigen Parlament vorgenommen, sich gegen die demokratischen Volksrechte und Volksfreiheiten richten. Sie würde nicht nur einen konservativen, sondern einen *reaktionären* Charakter haben. Man würde sich monatelang mit theoretischen Fragen befassen. Zweifellos würde man viel Zeit durch grundsätzliche Debatten verlieren, aber eine wirkliche Erneuerung der Geister würde auf diesem Wege nicht erreicht. Es ist wahrscheinlich, daß dadurch die konfessionellen und die Klassengegensätze gesteigert würden; es ist möglich, daß die Kämpfe an Schärfe gewinnen würden, aber damit hätte man weder eine neue Bundesverfassung geschaffen noch eine wirkliche Erneuerung des Volkes herbeigeführt.

V.

Wir leben in einer unruhigen und von schweren Kämpfen erfüllten Zeit. Der Kapitalismus ist durch seine Entwicklung *in die Periode der schwersten Krisen* hineingekommen. In seinen Reihen sind die Freunde der Diktatur und des Ständestaates nicht klein. Das Finanzkapital sieht den Faschismus nicht ungern, solange er die Sozialdemokratie und die fortschrittlichen Schichten der Bevölkerung bekämpft. Man hofft (wie in Deutschland), an der faschistischen Bewegung eine Hilfe zu erhalten, um so das arbeitende Volk besser bändigen zu können. Die italienische, die österreichische, die deutsche Geschichte der letzten Jahre lehren aber, daß zwar die Volksfreiheiten zerstört werden können, daß aber auch der Kapitalismus seinen Tribut zahlen muß. *Der Faschismus rettet den Kapitalismus nicht,* sondern er führt das *ganze* Volk der Verelendung immer mehr entgegen und bereitet den Krieg vor. Ob in diesem Kriege der Kapitalismus von heute trotz aller Kriegskonjunktur noch etwas zu gewinnen hat, ist eine leicht zu beantwortende Frage. Die Antwort gibt die Weltsituation selbst! Ein neuer Krieg in Europa wird Europa nicht nur an den Rand des Abgrundes bringen, sondern er wird die außereuopäischen kapitalistischen Kräfte und imperialistischen Bestrebungen gewaltig fördern. *Europa hat in einem kom-*

menden Kriege nur zu verlieren. Faschismus bedeutet Krieg, und jedes Volk, das den Faschismus erhält, hat nur zu verlieren. Das Schweizervolk als demokratisches Volk würde beim Faschismus nicht nur seine Volksrechte, sondern auch *seine Unabhängigkeit verlieren.* Deshalb wird der Faschismus von unten auf die Massen nicht erobern können. Das hat der 8. September bewiesen. Sollte aber der klerikofaschistischen Strömung durch das Parlament Vorschub geleistet werden, indem man die abgelehnte Totalrevision ohne Volksbefragung zu einer wirklichen Revision werden läßt, dann wird das Volk, wenn diese Verfassung vorliegt, sie mit großer Wucht verwerfen.

Es ist durch die Abstimmung vom 8. September 1935 für die Freiheit außerordentlich viel gewonnen, denn man wird in der Zukunft, wenn die Bundesversammlung von sich aus die Totalrevision lancieren sollte, nicht das Volk für die *unnütze* Arbeit, die nachher geleistet wird, verantwortlich machen können, ebensowenig die Demokratie, sondern die reaktionären und mit dem Faschismus liebäugelnden Parlamentarier und kapitalistischen Machthaber. Ein solcher Versuch von reaktionärer Seite würde für die Aufklärung im Volke draußen zweifellos fördernd wirken. Er würde vielen die Augen öffnen, so wie bereits in der gewaltigen Kampagne für die Kriseninitiative vielen Leuten die Augen aufgegangen sind und so wie auf die Abstimmung vom 8. September 1935 hin ganze Kontingente der Konservativen Partei gegen die Beschlüsse der machthungrigen, mit dem Faschismus sympathisierenden jungkatholischen Führung frondiert haben.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die *wirtschaftlichen Fragen* im Kampfe gegen die Krise das größte Interesse in der Bevölkerung besitzen. Der *Plan der Arbeit* bildet eine Grundlage für die Aufklärung der Volksmassen auf wirtschaftlichem Gebiete. Er enthält auch viele Postulate, die von der Sozialdemokratischen Partei seit langer Zeit vertreten wurden. Aber wenn man davon redet, daß der Plan der Arbeit die Verfassungsrevision des arbeitenden Volkes sei, so ist diese Behauptung zur Zeit deshalb noch verfrüht, weil vorerst die großen Massen für die Aufklärung über die wirtschaftlichen Probleme gewonnen werden müssen. Man muß die Erneuerung in den Massen auf Grund der sozialistischen Forderungen von unten auf beginnen.

Es gilt, was wir vor der Abstimmung über die Totalrevisions-Initiative geschrieben haben, auch nachher, nämlich: eine Totalrevision der Bundesverfassung kann nur der *Abschluß einer großen und gewaltigen Volksbewegung* sein. Die Entwicklung zu einer solchen Bewegung vollzieht sich *im Volke draußen.* Eine solche Entwicklung beginnt *nicht* mit einer Totalrevision der Verfassung, sondern sie ist das Resultat von großen geistigen und politischen Auseinandersetzungen. Die Totalrevision ist nicht der Beginn dieser Auseinandersetzungen.

Wir stehen seit einigen Jahren am Anfang dieser Auseinandersetzungen. Die sogenannten »Erneuerungsbewegungen« haben *Gedanken des faschistischen Auslandes übernommen.* Der Ständestaat, so wie er vor 1798 in der Schweiz bestand, ist vom Volke auf die Dauer *nicht* ertragen worden. Das Schweizervolk würde einen Ständestaat

nach italienischem, deutschem oder österreichischem Muster ebenfalls nicht ertragen. Es hat dies instinktiv herausgefühlt, als es am 8. September 1935 den Ansturm der Fronten und Jungkonservativen wuchtig abschlug. Sicher werden diese Kreise mit vermehrter Energie versuchen, das faschistisch-klerikofaschistisch-ständestaatliche Programm weiter zu popularisieren. Sie werden mit ihren Schlagworten und Irreführungen nach wie vor Propaganda zu machen versuchen. An der Sozialdemokratie ist es, die *geistige Erneuerung* im Volke draußen durch eine geistige, wirtschaftliche und politische Aufklärungsarbeit, die den letzten Mann erfaßt, vorzubereiten.

Es ist richtig: große Teile des Schweizervolkes leben ihrem Denken nach noch in der *Zeit vor der Krise* und vor dem Weltkrieg. Sie haben noch nicht verstanden, daß in der Gegenwart und in der Zukunft die Entscheidung fällt, ob die Demokratie und der Sozialismus siegen und eine neue Schweiz aufbauen werden oder ob Faschismus, Ständestaat und Reaktion das Schweizervolk knechten werden. Es gibt viele, die zwischenhindurch möchten. Mit Totalrevisionsgesprächen und mit Verfassungsberatungen, die zum voraus verlorene Zeit bedeuten (weil die neue Verfassung verworfen wird), wird die Erneuerung der Schweiz nicht vorbereitet. Es hat keinen Sinn, Zeit mit Diskussionen über die Totalrevison der Verfassung zu verlieren, sondern man *muß das Volk denken lehren.* Man muß ihm rückhaltlos zeigen, wie es heute aussieht und wohin die Fahrt geht. *Man muß das Volk gewinnen für die großen und erhabenen Ziele der Freiheit, der Demokratie, des Sozialismus und des wirtschaftlichen Aufbaues.* Der wirtschaftliche Aufbau kann nur ein *Werk der Solidarität* einer freiheitlich und antikapitalistisch denkenden Volksmehrheit sein.

In der heutigen Zeit wird man noch durch Teilrevisionen einen Fortschritt um den andern verwirklichen müssen, um wenigstens der Gegenwart gerecht zu werden.

Erst wenn das Volk *geistig* sich *bereits für die neue Schweiz* entschieden hat, wird die Zeit einer neuen Totalrevision da sein. Das dauert aber zweifellos noch einige Jahre, denn so wie in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts die Totalrevision von 1848 vorbereitet wurde, so wird es auch heute sein. Nur ist die Umwälzung in unsern Tagen zweifellos für die Zukunft der Schweiz und Europas viel entscheidender. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat das Schweizervolk die großen und erhabenen Lehren der Freiheit verwirklicht, so wie sie in den *Menschenrechten* der Französischen Revolution und anläßlich der Unabhängigkeitskriege der Vereinigten Staaten von Nordamerika verankert worden sind. Das geschah allerdings Jahrzehnte, nachdem diese Freiheitsgedanken schon ausgesprochen worden waren. Heute haben wir, weil der Faschismus und die Reaktion einen rücksichtslosen Vernichtungskampf gegen die Freiheit in Europa führen, vorerst die Massen *wiederum* für die Ideale der Freiheit, der Menschenrechte und des Sozialismus zu begeistern, bevor eine Totalrevision möglich ist.